



STADT HALVER

Bekanntmachung der Stadt Halver

I.

15. Änderungssatzung zur Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Halver mit Gebührenordnung vom 12.10.1971

Aufgrund

- a) der §§ 7 und 41 Abs. 1 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2025), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2025 (GV.NRW. S. 618),
- b) der §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV.NRW. S. 712) zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. April 2023 (GV. NRW. S. 233), in Kraft getreten mit Wirkung vom 1. Juni 2022; Gesetz vom 5. März 2024 (GV. NRW. S. 155), in Kraft getreten mit Wirkung vom 1. Januar 2024.

hat der Rat der Stadt Halver am 15.12.2025 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1:

In § 2 Abs. 1

werden Obdachlosenunterkünfte durch Obdachlosenunterkunft, gelten folgende durch gilt folgendes und Häuser durch Haus ersetzt.

Des Weiteren die Häuser Bahnweg 6 (bis 30.09.2018) und Bahnweg 8 (bis 30.09.2018) gestrichen.

Artikel 2:

Der § 5 Abs. 3 Satz 3 wird ersetzt durch:

Für die Obdachlosenunterkunft wird ein Gebührensatz i. H. v. 10,11 € je qm festgelegt.

Artikel 3:

In § 5 Abs. 4 Satz 2 wird der Betrag i. H. v. 126,36 € ersetzt durch 113,72 € und volljähriger gestrichen.

Artikel 4:

Der § 5 Abs. 4 Satz 3 wird gestrichen.

II.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Halver, 16.12.2025

Stadt Halver
Der Bürgermeister
gez.
(Armin Kibbert)